



»Wieder einer«

Vor 100 Jahren wurde der pazifistische Offizier und Schriftsteller Hans Paasche ermordet. Bereits Anfang 1916 hatte der ehemalige Kapitänleutnant gefordert, dass sich deutsche Kriegsverbrecher verantworten müssen. Von Geert Platner

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MI./DO., 20./21. MAI 2020, NR. 117 · 1,80 EURO (DE), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Kriegsgründe

US-Hardliner wollen chinesisches Telekommunikationsunternehmen Huawei »strangulieren«

3

Kompensationsforderung

Al-Qaida-Anschläge auf Botschaften: USA verlangen Milliardenentschädigung vom Sudan

6

Kollisionskurs

Fünf iranische Tanker auf dem Weg nach Venezuela. Washington droht mit Gegenmaßnahmen

7

Corona-Absturz

Massenarbeitslosigkeit und Sorgen wegen der US-Entwicklung: Israel erlebt historische Krise

9

Kriegstreiber heimgesucht

Geschäfte von Rüstungskonzern Rheinmetall boomen. Proteste vor Wohnhaus von Unternehmenschef. Von Susan Bonath

Trotz Wirtschaftskrise und Coronapandemie boomt die Rüstungssparte der größten deutschen Waffenschmiede Rheinmetall. Das öffentliche Interesse ist groß, doch von der diesmal virtuell tagenden Hauptversammlung des Konzerns am Dienstag blieben Journalisten erstmals ausgeschlossen. Kriegsgegner ließen es nicht darauf beruhen. Sie protestierten nicht nur vor der Zentrale des Unternehmens in Düsseldorf und dessen Munitionsfabrik im niedersächsischen Unterlüß, sondern zogen direkt vor das Wohnhaus von Konzernchef Armin Papperger und vor die Anwaltskanzlei des früheren Verteidigungsministers und heutigen Aufsichtsratsmitglieds Franz Josef Jung (CDU). Gerufen wurden Parolen wie »Jemen, Rojava, Türkei – bei jeder Schweinerei ist Rheinmetall dabei!« und »Krieg dem Krieg überall – enteignet Rheinmetall!«.

Zu den Protesten hatten mehrere Bündnisse aufgerufen, darunter die »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen« (DFG-VK), die Initiative »Rheinmetall entwaffnen«, das Netzwerk Friedenskooperative, die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« und die »Kritischen Aktionäre«. Letztere haben sich mit Aktien Zugang zum Unternehmen verschafft, um Anträge einbringen und Nachfragen stellen zu können. Diesmal forderten sie, den Vorstand nicht zu entlasten. Denn dieser erfülle nicht die Vorgaben der Vereinten Nationen (UN) und verstoße gegen das Völkerrecht. So exportiere Rheinmetall trotz Verbots über Tochterfirmen weiter Waffen in Staaten, die Kriege führen – etwa gegen den Jemen. »Der Vorstand belegt nicht transparent, wie Menschenrechtsrisiken in eigenen Geschäftsbe-



Rheinmetall-Boss Armin Papperger bekam am Dienstag Besuch von Friedensaktivisten

reichen und Lieferketten identifiziert, bewertet und minimiert werden«, begründeten die »Kritischen Aktionäre« ihren Antrag.

Rheinmetall stellte unter anderem das Geschäftsergebnis für das vergangene Jahr vor. Seinen Umsatz konnte das Unternehmen gegenüber 2018 um rund 100 Millionen Euro auf 6,26 Milliarden Euro steigern. Der Gewinn vor Steuern kletterte demnach binnen eines Jahres um 14 Millionen auf 505 Millionen Euro. Gewachsen ist aber ausschließlich die Rüstungssparte, während die Geschäfte mit Zulieferteilen für die Autoindustrie in etwa auf das Niveau von vor fünf Jahren zurückfie-

len. Im ersten Quartal 2020 schrumpfte dieser Bereich laut Meldung des Konzerns krisenbedingt weiter. Allerdings konnte Rheinmetall im selben Zeitraum seine Umsätze im Rüstungsgewerbe um 18 Prozent auf 740 Millionen Euro erhöhen. Die Chefetage rechnet für das Gesamtjahr hier mit einem Umsatzplus von fünf bis sieben Prozent.

Mehr als zehn Jahre lang hatte die Waffenschmiede das Gefechtsübungs-zentrum (GÜZ) Altmark in Sachsen-Anhalt betrieben. 2018 verlor Rheinmetall allerdings im Bieterwettbewerb gegen die schwedische Rüstungsfirma Saab, welche die Geschäfte Anfang dieses Jahres übernommen hat.

Auf dem laut Bundeswehr »modernsten Truppenübungsplatz Europas« des GÜZ wurde inzwischen die Kriegsübungsmetropole »Schnöggersburg« fertiggestellt. Wie die Bundeswehr am Wochenende mitteilte, statte man sie nun technisch aus. Auf dem 6,5 Quadratkilometer großen Areal mit über 500 Häusern, Umspannwerk, Straßen, Flugplatz, Bahnhof und sogar U-Bahnstationen trainieren deutsche und NATO-Soldaten für Kriegseinsätze. Einen Teil der Übungsstadt hatte das Land Sachsen-Anhalt als Bauherr bereits der Bundeswehr übergeben, bis spätestens Mitte 2021 sollen alle Arbeiten vollständig abgeschlossen sein.

UNO: Mehr tote Zivilisten in Afghanistan



Kabul. Nach einer schweren Anschlagsserie in Afghanistan haben Vertreter des UN-Einsatzes im Land (UNAMA) erneut zu einer Waffenruhe aufgerufen. Beklagt wurde auch die zunehmende Gewalt und die gewachsene Zahl getöteter Zivilisten im April. Demnach sind die Taliban im vergangenen Monat für 208 getötete bzw. verwundete Zivilisten verantwortlich gewesen, die afghanischen Einsatzkräfte für 172. Die Opferzahlen sind der UNO zufolge im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich gestiegen. Sie zeigte sich auch besorgt über die Zunahme von Angriffen des sogenannten Islamischen Staates (IS). Nach mehreren Anschlägen in der vergangenen Woche hatte Präsident Aschraf Ghani erneut Offensiven angekündigt, die von den Taliban als Kriegserklärung interpretiert wurden. (dpa/JW)

Widerstand gegen EU-»Wiederaufbauplan«

Brüssel. Nach der deutsch-französischen Initiative für ein 500-Milliarden-Euro-Programm der EU wächst der Widerstand gewichtiger Mitgliedstaaten. Österreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden sprachen sich am Dienstag gegen das Konzept der BRD und Frankreichs aus. Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron hatten sich am Vortag auf ein gemeinsames Vorgehen für einen »Wiederaufbauplan« geeinigt: Dieses soll der EU die Aufnahme gemeinsamer Schulden ermöglichen, um Investitionen zu finanzieren. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz hatte bereits am Montagabend gesagt, er habe sich mit den Regierungschefs der Niederlande, Dänemarks und Schwedens auf die Ablehnung des deutsch-französischen Plans verständigt. Statt dessen sei man bereit, rückzahlungspflichtige Darlehen zu geben. (dpa/JW)

■ Siehe Kommentar, Seite 8

BND-Gesetz verletzt Grundrechte

Klage vor Bundesverfassungsgericht gegen Auslandsspionage überwiegend erfolgreich

Die anlasslose Massenüberwachung des Internetverkehrs von Ausländern im Ausland durch den Bundesnachrichtendienst (BND) verstößt gegen die Pressefreiheit und das Fernmeldegeheimnis. Das entschied das Bundesverfassungsgericht am Dienstag in Karlsruhe. Allerdings gelten die bestehenden Regelungen bis zum 31. Dezember 2021 weiter, so das Gericht. Bis dahin müsse das BND-Gesetz von 2017 überarbeitet werden. Mit dem Urteil hatten die Verfassungsbeschwerden ausländischer Journalistinnen und Journalis-

ten sowie der Organisation »Reporter ohne Grenzen« überwiegend Erfolg. Erstmals entschied das Bundesverfassungsgericht, dass der Bundesnachrichtendienst auch dann dem Grundgesetz unterliegt, wenn er im Ausland ausländische Staatsbürger überwacht.

Der Deutsche Journalistenverband (DJV) begrüßte das Urteil. Es sei ein »Sieg für die Pressefreiheit auf ganzer Linie«, erklärte der DJV-Bundesvorsitzende Frank Überall am Dienstag in Berlin. Die Verfassungsrichter machten klare Vorgaben für eine Neuregelung der gesetzlichen Bestimmun-

gen und mahnten dabei unter anderem besondere Schutzvorkehrungen für Journalisten bei Überwachungsmaßnahmen an. BND-Chef Bruno Kahl will nach eigenen Angaben die vom höchsten deutschen Gericht eingeforderte »Reform« unterstützen. »Niemand hat ein größeres Interesse daran, auf rechtlich sicherem Grunde zu handeln, als der BND selbst«, erklärte Kahl am Dienstag.

Wie wenig Sorgen sich der deutsche Auslandsgeheimdienst wohl machen muss, wurde durch die Reaktion der Bundesregierung auf das Urteil

deutlich. Staatssekretär Johannes Geismann, Beauftragter der Bundesregierung für die Nachrichtendienste im Kanzleramt, zeigte sich am Dienstag in Karlsruhe zuversichtlich. »dass wir da auch entsprechend eine vernünftige Regelung finden werden«. Geismann kündigte an, dass die Bundesregierung dem Bundestag nach der Analyse des Urteils zügig einen Vorschlag unterbreiten werde, wie die eingeforderte verstärkte Kontrolle des BND ausgestaltet werden könnte. (Reuters/AFP/dpa/JW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.295 Genossinnen und Genossen (Stand 12.5.2020)
 www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901805